



Nr. 28

20. August 2015

Inhalt

[Ayslbewerberzahlen: Dem Staat fehlen 10.000 Stellen](#) +++

[Flüchtlingshilfe: Öffentlicher Dienst sollte Aufgaben ohne](#)

[Rückgriff auf Pensionäre erfüllen können](#) +++

[2. Seniorenpolitische Fachtagung:](#)

[Pflegestärkungsgesetz II – Was lange währt, wird wirklich gut?](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[Fachlehrermangel in Sachsen: Schuljahresstart nicht problemlos](#) +++

[Eigenthaler: Wir brauchen mehr gut ausgebildete Steuerprüfer](#) +++

[DPoIG Bundespolizeigewerkschaft fordert Unterstützungskräfte](#) +++

[BLBS: Duale Berufsausbildung trägt zu niedrigster](#)

[Jugenderwerbslosigkeit bei](#) +++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

Ausländerbewerberzahlen: Dem Staat fehlen 10.000 Stellen

(dbb) Angesichts der drastisch steigenden Ausländerbewerberzahlen fehlen dem öffentlichen Dienst in Deutschland mehr als 10.000 Stellen. Das sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt der „Welt“ (Ausgabe vom 20. August 2015). „Wir haben eine Situation, auf die die Republik nicht eingestellt war. Die dynamische Steigerung der Flüchtlings- und Ausländerbewerberzahlen belasten den öffentlichen Dienst weit über das Normalmaß hinaus.“ Laut Bundesinnenministerium wird im laufenden Jahr mit rund 800.000 Asylsuchenden gerechnet.

Nicht nur das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) sei jetzt gefordert, sondern auch Polizei, Kommunen, Gesundheitsbehörden, Schulen, Sozialdienste und Justiz, so der dbb Chef. „Viele Bereiche des Staatsdienstes kommen schwer klar mit der jetzigen Belastung.“ Noch sei die Motivation zwar groß, aber das „könnte sich ändern, wenn es nicht bald eine deutliche Entlastung gibt“. Der öffentliche Dienst gebe Gas, „aber er fährt nur noch mit einem Reservetank“, so Dauderstädt weiter. Die ohnehin schon problematische Unterbesetzung in Ämtern und Behörden verschärfe sich jetzt. „Es knirscht gewaltig. Die Zeit der Improvisation ist vorbei.“

Eine Befragung von dbb Mitgliedsgewerkschaften, die besonders mit Aufgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik befasst sind, hatte ergeben, dass unter anderem mehr Personal bei der Bundespolizei notwendig sei, um der Schleuserkriminalität entgegenzuwir-

ken. Das Problem fehlender Amtsärzte verschärfe sich, da durch die Flüchtlinge auch besondere Krankheitsgeschichten zu behandeln seien. Auch auf die Schulen kämen mit der Integration von Flüchtlingskindern komplexe Herausforderungen zu. Die Zahl der Klageverfahren von abgewiesenen Flüchtlingen an Verwaltungsgerichten steige ebenfalls dramatisch an. Dauderstädt mahnte: „Wir müssen im Interesse der Ausländerbewerber einen Justizapparat bereitstellen, der in der Lage ist, schnellstmöglich Entscheidungen zu treffen und umzusetzen.“ Die Kommunen bräuchten zudem dringend neue Lösungen für die Unterbringung der Ausländerbewerber im kommenden Winter.

Dauderstädts Fazit: Der Personalnotstand im öffentlichen Dienst muss behoben werden. „Wir erwarten noch weitere Hunderttausende Flüchtlinge. Dieser Zustrom wird die kommenden Jahre bestehen bleiben.“
(01/28/15)

Flüchtlingshilfe: Öffentlicher Dienst sollte Aufgaben ohne Rückgriff auf Pensionäre erfüllen können

(dbb) „Der öffentliche Dienst sollte seine Aufgaben erfüllen können, ohne auf Reserven aus dem Ruhestand zurückgreifen zu müssen.“ Das hat der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt am 19. August 2015 im Gespräch mit dem Radiosender NDR Info betont. Hintergrund sind die Bestrebungen in einzelnen Bundesländern, für die Bearbeitung der mit dem Flüchtlingsansturm verbundenen Aufgaben pensionierte Beamte zu reaktivieren.

Der dbb Chef verwies auf die insgesamt 2.000 Neueinstellungen in diesem und im nächsten Jahr im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Dafür gebe es offenbar genügend Bewerber: „Der Markt gibt das her“, sagte Dauderstädt. Dies sei der bessere Weg, als Beamte aus ihrem verdienten Ruhestand wieder zurück in den Dienst zu rufen. Dies komme ohnehin nur in Frage, wenn sich die Betroffenen freiwillig dazu bereit zeigten.

Im Übrigen gehe es bei diesem Problem nicht um Dienstplangestaltung, „sondern das ist auch eine Frage der Stellenstrukturen und der Bezahlung“, sagte der dbb Chef. Das Problem der Unterbesetzung in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes „ist nicht erst 2015 entstanden“. Es werde aber nun klar, dass es „massive Defizite gibt, die auch nicht von heute auf morgen geschlossen werden können“. Der dbb habe seit langem davor gewarnt, dass Deutschland aufgrund von Personalmangel für solche Herausforderungen nicht gerüstet sei.

„Und wer mit permanenter Unterbesetzung kämpft, kann Mehrbelastungen nur schwer

aushalten“, sagte Dauderstädt.
(02/28/15)

2. Seniorenpolitische Fachtagung: Pflegerstärkungsgesetz II – Was lange währt, wird wirklich gut?

(dbb) Die dbb bundessenorenvertretung wird am 8. Oktober 2015 im dbb forum berlin die 2. Seniorenpolitische Fachtagung durchführen. An den Entwurf des Pflegestärkungsgesetzes II mit der Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs und einer deutlichen Änderung des Begutachtungsverfahrens knüpfen sich viele Erwartungen.

Können diese Erwartungen überhaupt erfüllt werden? Wer wird von diesen Änderungen profitieren und wer nicht? Wird das neue Begutachtungsverfahren tatsächlich gerechter sein? Dies sind nur einige Fragen, die sich in Bezug auf das Pflegestärkungsgesetz II stellen und die die dbb bundessenorenvertretung auf ihrer 2. Seniorenpolitischen Fachtagung mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Praxis diskutieren will.

Zentrales Anliegen der dbb bundessenorenvertretung ist, dass mit dem Pflegestärkungsgesetz II die Situation pflegebedürftiger Menschen tatsächlich verbessert und ihre Einschränkungen, seien diese körperlicher oder geistiger Art, bei der Begutachtung zur Fest-

stellung eines Pflegegrades so berücksichtigt werden. Es müsse ferner darum gehen, dass die Betroffenen nicht auch noch ein Widerspruchs- oder gar Klageverfahren führen müssen und die Pflege ihren Bedürfnissen entspricht.

Wenn Sie teilnehmen möchten, melden Sie sich bitte bis zum 30. September 2015 unter Angabe Ihrer vollständigen Adresse bei der dbb bundessenorenvertretung an:
Friedrichstrasse 169/170, 10117 Berlin, Telefon: 030.4081-5390, Telefax: 030:4081-5399, E-Mail: senioren@dbb.de.
(03/28/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Fachlehrermangel in Sachsen: Schuljahresstart nicht problemlos

(dbb) Auch im neuen Schuljahr wird es in Sachsen an ausgebildeten Fachlehrern fehlen. Dadurch könnte die Qualität des sächsischen Schulsystems ernsthaft gefährdet werden, warnte der Sächsische Beamtenbund SBB am 19. August 2015.

Der Schuljahresstart sei, wie schon den vergangenen Jahren, von zunehmenden Einstellungen nicht vollständig ausgebildeter Lehrkräfte geprägt. Die Quote von Seiteneinsteigern und Lehrkräften ohne eine vollständig abgeschlossene pädagogische Ausbildung steige deutlich. Dies sei ein „unmissverständliches Zeichen für die mangelnde Attraktivität der Anstellungsbedingungen“ für Lehrer im Freistaat Sachsen. „Man kann nicht auf Dauer deutschlandweit beste Lernergebnisse erreichen wollen und dafür im Bundesvergleich am schlechtesten bezahlen“, sagte der SBB-Landesvorsitzende Gerhard Pöschmann.

Er verwies darauf, dass PISA und andere Studien in den vergangenen Jahren den sächsischen Schülern hervorragende Leistungen bescheinigten. Gleichzeitig würden Lehrkräfte in Sachsen nicht verbeamtet - ein finanzieller Nachteil für den Einzelnen, der monatlich zu beachtlichen Nettoeinkommensunterschieden sächsischer Lehrer im Vergleich zu den verbeamteten Lehrern anderer Bundesländer führt. Dies werde ab 2017 besonders brisant, wenn der Freistaat seinen Bedarf nicht mehr aus eigenen Lehramtsstudierenden decken könne. (04/28/15)

Eigenthaler: Wir brauchen mehr gut ausgebildete Steuerprüfer

(dbb) Während Arbeitnehmer und Rentner jedes Jahr von den Finanzämtern überprüft werden, werden Vermögende nur alle sieben bis acht Jahre unter die Lupe genommen. Das hat der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler im Gespräch mit der „Hannoverschen Allgemeinen“ (Ausgabe vom 13. August 2015) kritisiert.

Zwar seien keine Spezialabteilungen nötig, um die Steuererklärungen von reichen Leuten zu prüfen. „Was wir aber sehr wohl brauchen, sind mehr gut ausgebildete Prüfer, die genug Zeit für solche Steuererklärungen haben“, sagte Eigenthaler. „Denn wer hohe private Einkommen hat, ist einem Unternehmen vergleichbar und müsste viel häufiger intensiv kontrolliert werden.“

Dass Vermögende nur so selten kontrolliert würden, zehre auch an der Steuergerechtigkeit. „Denn die Menschen mit niedrigem Einkommen bekommen den Eindruck: Der Ehrliche ist der Dumme.“ Die deutschen Finanzämter seien zu 20 Prozent unterbesetzt. „Es fehlen bundesweit 15.000 bis 20.000 Stellen“, so Eigenthaler.
(05/28/15)

DPOIG Bundespolizeigewerkschaft fordert Unterstützungskräfte

(dbb) Da die Bundespolizei durch den exorbitanten Anstieg der Flüchtlingszahlen insbesondere an der deutsch-österreichischen Grenze schon seit langem völlig überfordert ist, sollen jetzt täglich über 1.000 Bundespolizisten von ihren Heimatdienststellen in die Schwerpunktbereiche abgeordnet werden.

Aus diesem Anlass hat der Bundesvorsitzende der DPOIG Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter den Bundesinnenminister Thomas de Maizière am 19. August 2015 in einem offenen Brief dazu aufgefordert, endlich zusätzliche Bundespolizeiliche Unterstützungskräfte an den Schwerpunktbereichen der Bundespolizei einzustellen. Diese könnten in nur drei Monaten ausgebildet werden und die Polizisten schnell und effektiv bei der Bewältigung des großen

Ansturms an den Grenzen unterstützen. Dadurch würde eine Vielzahl von Zwangsabordnungen überflüssig, stellte Walter fest. Die Kosten für die neuen Unterstützungskräfte wären überschaubar, zumal die Abordnung eines Bundespolizisten jeden Monat mit etwa 1.000 Euro zusätzlich zum Gehalt zu Buche schlägt.
(06/28/15)

BLBS: Duale Berufsausbildung trägt zu niedrigster Jugenderwerbslosigkeit bei

(dbb) Die duale Berufsausbildung sorgt nach Einschätzung des BLBS (Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen) mit für die niedrige Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland. Der BLBS-Bundesvorsitzende Eugen Straubinger reagierte „mit besonderer Freude“ auf die Mitteilung des Statistischen Bundesamtes zum Internationalen Tag der Jugend am 11. August 2015, wonach Deutschland in der gesamten EU die niedrigste Jugenderwerbslosenquote aufweist.

„Unter den 330.000 erwerbslosen Jugendlichen im Alter von 15 bis 24 Jahren befanden sich knapp 30 Prozent in Bildung oder Weiterbildung. Mit 230.000 Jugendlichen im gleichen Alter nahm die deutliche Mehrheit der Erwerbslosen nicht an Bildungsmaßnahmen teil. Damit befand sich im Jahr 2014 eine halbe Million junger Menschen weder in einem

Arbeitsverhältnis noch in Bildung oder Weiterbildung“, so das Statistische Bundesamt. Das entspricht einer Quote von 6,4 Prozent.

Erfreulich sei, dass sich in Deutschland die große Mehrheit der jungen Menschen dieser Altersgruppe somit in einem Arbeitsverhältnis

oder Bildung beziehungsweise Weiterbildung befand, nämlich etwa 90 Prozent. „Das ist ein entscheidender Vorteil, den die duale Berufsausbildung für die Jugendlichen bietet und die damit einen wesentlichen Anteil am deutschen Wirtschaftserfolg hat“, so Straubinger.

Namen und Nachrichten

(dbb) dbb Chef **Klaus Dauderstädt** hat sich für weniger Bürokratie ausgesprochen. Mit Blick auf eine Umfrage des Statistischen Bundesamtes zur „Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland mit behördlichen Dienstleistungen“ sagte Dauderstädt am 19. August 2015 dem Online-Portal wel.de, für kritische Bewertungen werde eher die Gesetzgebung als die Verwaltung verantwortlich gemacht. „Weniger Bürokratie würde hier also nicht nur die Bürger erfreuen, sondern den Beschäftigten ihre Arbeit erleichtern“, so Dauderstädt. Er fühle sich durch die Studie, laut der die meisten Deutschen mit der Leistung der Behörden insgesamt zufrieden sind, in den eigenen Erfahrungen bestätigt. Die Bürger schätzten die Kompetenz des öffentlichen Dienstes, sagte der dbb Bundesvorsitzende.

Die Ursache vieler Streiks sind Privatisierungen. Das stellte **Rolf Habermann**, Vorsitzender des Bayerischen Beamtenbundes BBB, im Gespräch mit dem Münchner „Merkur“ (Ausgabe vom 14. August 2015) fest. Dabei gebe der Staat manchmal leichtfertig ein Pfand aus der Hand. Habermann verwies auch darauf, dass „insgesamt durch Streiks in Deutschland weniger Zeit verloren geht als durch Grußworte“. Wichtiger sei ihm ein anderer Aspekt, fügte der BBB-Vorsitzende hinzu: „Wenn die Politik den Menschen eine Dienstleistung sicher zur Verfügung stellen will, ist das Berufsbeamtentum dafür der richtige Weg.“

Der Landesvorsitzende der dbb berlin **Frank Becker** hat eine lückenlose Aufklärung des brutalen Angriffs auf eine Justizvollzugsbeamtin in der Berliner Justizvollzugsanstalt Plötzensee gefordert. Er kritisierte am 18. August 2015, dass bis zu diesem Tag keine offizielle Stellungnahme der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz zu dem Vorfall veröffentlicht wurde. Die Beamtin war von einem

In der gesamten EU war die Jugenderwerbslosenquote mit 12,4 Prozent doppelt so hoch wie in Deutschland oder den Ländern, in denen eine duale Berufsausbildung angeboten wird. In Spanien waren 53,2 Prozent, in Griechenland 52,4 Prozent und EU-weit 22,2 Prozent der Jugendlichen erwerbslos. (07/28/15)

Häftling mit einem Brotmesser niedergestochen und schwer verletzt worden. Becker wandte sich schriftlich an Justizsenator Thomas Heilmann und forderte ihn auf, unverzüglich für Aufklärung und Veröffentlichung zu sorgen. Ferner forderte Becker nachhaltige Lösungen, die zur Sicherheit der Inhaftierten und Kolleginnen und Kollegen beitragen. „Dies ist die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz den Beschäftigten schuldig“, so Becker in seinem Schreiben.

Die dramatischen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Flüchtlingsstrom nach Deutschland offenbaren nach Auffassung der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) die katastrophale Personalsituation, die nach Jahrzehnten des Stellenabbaus überall in der öffentlichen Verwaltung vorherrscht. Die Rekrutierung von Pensionären zum Einsatz in Flüchtlingsunterkünften mache deutlich, dass es keine Reserven im Personalbestand gibt. DPoIG-Bundesvorsitzender **Rainer Wendt** sagte am 19. August 2015: „Unsere Pensionäre haben ihre Beamtentugenden nicht bei der Verabschiedung in den Ruhestand abgelegt, sie werden zuverlässig und diszipliniert dem Land dienen, wenn man nach ihnen ruft. Aber es muss die absolute Ausnahme bleiben, dass sie als Personalreserve herhalten müssen, weil die Politik den öffentlichen Dienst kaputtgespart hat.“ Es fehle ja nicht nur an Polizeikräften, um Flüchtlinge zu registrieren und erkennungsdienstlich zu behandeln. Die Organisation menschenwürdiger Unterbringung, Gesundheitsfürsorge, Bildung und rasche Integration derjenigen, die lange Zeit hier bleiben werden, erfordere personelle Ressourcen aus dem gesamten öffentlichen Dienst „und die sind nicht mehr da, nachdem weit mehr als eine Million Stellen im öffentlichen Dienst seit der Wende gestrichen wurden, allein im Polizeidienst mehr als 15.000“, sagte Wendt.

Die **vbba** Gewerkschaft Arbeit und Soziales hat begrüßt, dass sich Bundesagentur für Arbeit (BA) und Vivento darauf geeinigt haben, ihre Kooperationsvereinbarung um drei Jahre zu verlängern. Damit seien Risiken für Interne Services und Jobcenter abgewendet, deren Arbeitsfähigkeit erhalten und eine vbba-

Forderung umgesetzt worden. „Als Fachgewerkschaft freuen wir uns über die Entwicklung“, erklärte die vbba am 14. August 2015, „weil sie mehrere Gewinner hat: nämlich die BA und ihre Beschäftigten, die Kolleginnen und Kollegen von Vivento und letztlich die Kunden sowie Partner der BA.“
(08/28/15)